

Wahl, Klaus

Familienpolitik in westeuropäischen Ländern

Diskurs 1 (1991) 1, S. 61-62



Quellenangabe/ Reference:

Wahl, Klaus: Familienpolitik in westeuropäischen Ländern - In: Diskurs 1 (1991) 1, S. 61-62 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-67316 - DOI: 10.25656/01:6731

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-67316>

<https://doi.org/10.25656/01:6731>

in Kooperation mit / in cooperation with:
Deutsches Jugendinstitut <https://www.dji.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

DISKURS

Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft



Herausgeber und Erscheinungsort:
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Freibadstraße 30
D-8000 München 90
Tel. (089) 6 23 06-0
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Hans Bertram
Redaktion:
Dr. Klaus Wahl
Dr. Wolfgang Gaiser
Visuelle Gestaltung:
Erasmi & Stein, München
Druck:
pd Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Augsburg
ISSN 0937-9614

Alleinvertrieb:
Juventa Verlag
Ehretstraße 3
D-6940 Weinheim
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung des DJI Verlags.

Der DISKURS erscheint zweimal im Jahr. Zusätzlich erscheint einmal jährlich als Supplement die »Bibliographie Jugendhilfe«. Bezugspreis: Einzelheft DISKURS DM 16,-; »Bibliographie Jugendhilfe« DM 26,-; Jahresabonnement: 2 Hefte DISKURS und »Bibliographie Jugendhilfe« zusammen DM 48,-, zuzüglich Versandkosten DM 6,-. Der Gesamtbezugspreis inklusive Versandkosten ist preisgebunden. Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich, falls es nicht bis spätestens 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wurde. Bestellungen bitte über Buchhandel oder an Juventa Verlag, Ehretstraße 3, D-6940 Weinheim.

Verantwortlich für Anzeigen:
Thekla Steinmetz
Juventa Verlag
Ehretstraße 3
D-6940 Weinheim
Tel. (06201) 6 1035
Fax (06201) 13135
Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/1990.

Bildnachweise:
Titelgrafik: Erasmi & Stein, München, unter Verwendung eines Photos von Rudolf Dietrich
S. 4, 20, 40, 46, 72 Egbert Greven
S. 14, 25, 36, 49, 53, 54, 57, 59, 60, 65, 66, 67 Süddeutscher Verlag
S. 7, 8, 17, 18, 22, 23, 43, 76, 83 Volker Derlath
S. 29 Marianne Krug
S. 31, 79 Rudolf Dietrich
S. 35 Ursula Kempin
S. 45, 71 Eva Otto-Brock

Der DISKURS informiert aktuell und konzentriert über Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland und dient so der Verständigung zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe, Sozialberichterstattung sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum dieser Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen mit dem neuesten Stand der Forschung andererseits.

Träger des Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der behördlichen und privaten Jugendhilfe, zentralen Gremien der Politikberatung und aus der Wissenschaft. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Obersten Landesjugendbehörden, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DJI an. Das DJI hat acht Forschungsabteilungen und zur Zeit 82 Planstellen für wissenschaftliches Personal, dazu kommen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zeitlich befristeten Projekten und weiteres Personal. Der Etat von (1991) ca. DM 14,5 Mio. wird überwiegend vom Bundesministerium für Frauen und Jugend finanziert, im Rahmen der Projektförderung von den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft sowie für Familie und Senioren. Weitere Zuwendungen erhält das DJI von den Bundesländern und von Institutionen der Wissenschaftsförderung.

THEMA
Betrieb, Haushalt, Kinder:
Schnittpunkt Frau

Gaiser, Wanni
Betrieb, Haushalt, Kinder: Schnittpunkt Frau 2
Junge Frauen haben heute unterschiedliche Lebenspläne. Doch in der Regel wollen sie beides: Partnerschaft, Familie, Kinder einerseits, qualifizierte Ausbildung und Beruf andererseits. Aber traditionelle Hilfen für diese anstrengende Kombination sind heute rar: Verwandte, ältere Geschwister, Dienstmädchen. Die Entlastung durch Männer und Haushaltsgeräte und bisherige Kinderbetreuungsangebote und Arbeitszeitmodelle reichen nicht. Neue Lösungen sind gefragt. Dieses Heft weist auch innovative Perspektiven.

Sardei, Keddi
Lebensentwürfe junger Frauen heute:
Suche nach neuen Wegen 5
Untersuchungen der letzten 30 Jahre zeigen eine zunehmende Berufsorientierung von Mädchen und jungen Frauen, ohne daß ihr Interesse an Partnerschaft, Familie und Kindern nachgelassen hätte. Ihr Wunsch nach autonomer Lebensgestaltung stößt indes auf Barrieren.

Frauenbiographien: »Es hat sich halt so ergeben...« 12
Helga Krüger berichtet in einem Interview von einer Studie, wie ältere Frauen das Verhältnis von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit erlebten. Parallelen wie Unterschiede zur jungen Generation werden deutlich.

Gaiser, Müller
»Vater werden ist nicht schwer?« –
Nachwuchsplanung, geschlechtsspezifisch 16
Junge Männer und Frauen diskutieren Hoffnungen, Ambivalenzen und Befürchtungen zur Frage, ob sie Kinder bekommen wollen – mit deutlichen Unterschieden.

Seehausen
Arbeitswelt, Familie, Kindertagesstätte:
Ein Konflikt dreieck 21
Kinderpsychologie und Sozialpädagogik, Familien- und Frauensoziologie, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre wurden darauf aufmerksam, Wirtschaft und Politik müssen sich damit auseinandersetzen, wie Familie, Beruf und Kinderbetreuung zu vereinbaren sind. Vorgeführt werden praktische Modelle.

Pettinger
Wohin mit den Kindern? Tagesbetreuung und Kindergartenbesuch 28
Die Vereinigung Deutschlands zeigt sie in aller Kraßheit: Die Ost-West-Unterschiede bei Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung.

Berger, Krug
Landkindergärten – nicht nur Spielecken im Grünen 34
Familien finden das Leben auf dem Land heute zwar attraktiv, doch keineswegs so idyllisch, wie oft angenommen. Die Kindergärten müssen sich den differenzierten ländlichen Lebensverhältnissen und Problemen anpassen.

Gerzer
Mütter- und Familienzentren:
Mehr als ein Treffpunkt in der Nachbarschaft? . . 41
Die jüngsten Kinder der Familienselbsthilfe – Mütter- und Familienzentren – erweisen sich als Lern- und Entfaltungsorte für Familienfrauen wie als gesuchte Stätten vielfältiger Serviceleistungen für die Nachbarschaft. Eine kreative Antwort auf die Grenzen des Wohlfahrtsstaates?

Wahl
Dienstmädchen: Geschichte oder Zukunft?
Eine legendäre Ressource im deutsch-brasilianischen Vergleich 47
Früher unverzichtbare Hilfe der bürgerlichen Hausfrau, heute bei uns verschwunden: das Dienstmädchen, Phänomen einer bestimmten sozioökonomischen Phase. In anderen Ländern gibt es solche Arbeitskräfte noch – potentielle Migranten für den Bedarf an Haushalts- und Pflegehilfen in Industriestaaten?

Erler
Familienpolitik im Sozialismus und in der Marktwirtschaft 51
Wie erfolgreich war die Gleichberechtigungsstrategie, wie sahen Geburten-, Abtreibungs-, Krippenpolitik im Realsozialismus aus? Statt einheitlicher Lebensmodelle werden sich auch in Osteuropa individuelle Muster entwickeln.

VARIA
Reisner
Jugend in der Sowjetunion:
Eine Bestandsaufnahme 63
Die einschneidende Krise von Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR wirkt sich bei jungen Menschen besonders bedrückend aus – in Ausbildung, Beruf, Gesundheit, Familienleben, Wohnsituation. Nationalismus und Religiosität lösen den Marxismus-Leninismus ab.

Leu
Kinder am Computer: Lernhilfe oder Spielzeug? 68
Entwarnung: Eine empirische Studie zeigt, daß Kinder Computer zum Spielen nutzen und dabei wenig zusätzliche Kompetenzen erwerben. Der Computer bleibt nicht lange Zentrum ihrer Freizeit und Gedanken.

LITERATUR-REPORT
Schulz
Eltern-Ratgeber zum Drogenkonsum von Jugendlichen 74
Der kritische Literaturbericht analysiert Ratgeber für Eltern zu Drogenprävention und Fragen der Drogenabhängigkeit und spricht Leseempfehlungen aus.

**ZUSAMMENFASSUNGEN/
SUMMARIES/
RÉSUMÉS** 84



Familienpolitik in westeuropäischen Ländern¹

Ergänzend zum Blick auf die Familienpolitik in osteuropäischen Staaten seien hier die westeuropäischen Verhältnisse skizziert, insbesondere die der EG-Staaten. Es ist dabei schwierig, genaue Abgrenzungen in dem vorzunehmen, was jeweils zu »Familienpolitik« gerechnet werden kann, etwa im Falle der Wohnungshilfen, der Ausbildungsförderung usw., die einerseits nicht primär auf Familien ausgerichtet sind, aber solche natürlich auch begünstigen. Familienpolitik sei im folgenden jedenfalls begriffen als der Komplex staatlicher Maßnahmen, der auf das soziale Gebilde Familie (wie immer definiert), dessen Funktionen und dessen Angehörige (als »Familienangehörige«) zielt (Wahl 1976). Ob Familienpolitik mehr oder weniger ist als Sozialpolitik (Zimmerman 1988) ist Gegenstand langer Diskussionen, die hier außer acht bleiben. Die folgende Skizze stützt sich vor allem auf die umfangreichen Synopsen von Dumon (o.J.) und Neubauer (1989).

Obwohl es schon in den 30er Jahren in einigen Ländern eine spezielle Familienpolitik gab, nahm doch die Institutionalisierung einer solchen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zu, so wurde z. B. in der Bundesrepublik Deutschland 1953 ein Familienministerium gegründet. In den 80er Jahren ist eine starke Ausdehnung der Familienpolitik in allen EG-Staaten festzustellen, begleitet von inhaltlichen Änderungen: Neben einer Politik für alle Familien wendet man sich mehr Familien in besonderen Lebenslagen zu (z. B. Eltern mit Kleinkindern). Die vertikale Umverteilung wurde stärker betont. Änderungen der Familienstruktur (z. B. Zunahme alleinerziehender Eltern) wird mehr Aufmerksamkeit zuteil; in einigen Ländern wurde aus der Tolerierung eine Unterstützung dieses Familientyps. Zunehmend treten Kinder als Zielgruppe auf; Familienmitglieder geraten nur als Eltern von Kindern ins familienpolitische Visier – eine Abkehr von traditioneller Familienpolitik, die darauf gerichtet war, die relative Deprivation von Ehemännern und -frauen zu erleichtern, die die Bürde hatten, Kinder aufzuziehen.

Zur Zeit gibt es in keinem westeuropäischen Land einen ausdrücklichen bevölkerungspolitischen Akzent. Einige Länder (z. B. die Bundesrepublik Deutschland, möglicherweise, um Vergleiche mit der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik zu vermeiden) weisen offiziell ausdrücklich eine solche Politik zurück. Bevölkerungspolitische Ziele (Erhöhung der Geburtenrate) können indes als Teil von Familienpolitik ausge-

macht werden, insbesondere in Frankreich.

Die Finanzierung familienpolitischer Maßnahmen ist recht unterschiedlich geregelt, von der vorwiegenden Mittelbereitstellung aus dem nationalen Budget bis zum Parafiskus (z. B. der französischen Familienausgleichskasse, die zu ca. 90% aus Lohn-/Gehaltsabzügen finanziert wird).

Als Maßnahmen der Familienpolitik kommen zum Zuge:

- *Wirtschaftliche Maßnahmen*, um ein zu starkes Absinken des Familieneinkommens zu verhindern (einschließlich Teilen der Beschäftigungspolitik);
- Maßnahmen zur Förderung und Erleichterung des Familienlebens, wie Erziehungs- und Beratungsdienste (immaterielle familienfördernde Maßnahmen);
- Maßnahmen, die familiäre Funktionen teilweise und zeitweilig durch nichtfamiliäre Institutionen übernehmen lassen (*familienergänzendel-ersetzende Maßnahmen*).

Wirtschaftliche Maßnahmen

In allen europäischen Ländern gibt es einen *Beschäftigungsschutz für schwangere Frauen* (d. h., sie können während einer Schwangerschaft nicht entlassen werden). Meist kommt ein *Mutterschaftsurlaub* unterschiedlicher Länge um die Zeit der Geburt herum dazu (in der Bundesrepublik beträgt der Mutterschutz sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung mit Lohnfortzahlung; in Dänemark hat auch der Vater zwei Wochen Sonderurlaub nach der Geburt). Ausgebaut werden zur Zeit auch die Möglichkeiten eines längerfristigen *Elternurlaubs*, um kleine oder kranke Kinder während einer längeren Zeit selbst betreuen zu können. In der BRD kann der Erziehungsurlaub derzeit 18 Monate lang sein, und die Regierung plant, ihn zu verdoppeln. Zur Betreuung kranker Kinder können in Schweden Arbeitnehmer bis zu 60 Tagen mit gewöhnlich 90% ihres Einkommens beurlaubt werden. An der Ausweitung dieser Möglichkeiten in den letzten Jahren zeigt sich, daß das Ziel besserer Vereinbarkeit von Familie und Berufsarbeit derzeit besonders beachtet wird. Auch Fragen *flexibler Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit* usw. werden hier diskutiert.

In allen EG-Staaten gibt es *Steuerverleichterungen* für Familien, die allerdings recht unterschiedlich zu Buche schlagen: in Italien eher symbolisch, in

der Bundesrepublik in Gestalt von Kinder- und Ausbildungsfreibeträgen und besonders massiv in Form des Ehegattensplitting. In Frankreich gibt es ein Familiensplitting, das auch die Zahl der Kinder berücksichtigt. Die Steuererleichterungen richten sich in den einzelnen Staaten nach der Zahl zu versorgender Kinder und der Frage, ob ein Ehegatte nicht beschäftigt ist.

In den meisten Staaten der EG gibt es eine Art *Kindergeld*, gewöhnlich einkommensunabhängig, aber gestaffelt nach Alter und Rangordnung des Kindes ausbezahlt. In der Bundesrepublik sind es zur Zeit DM 50 für das erste, DM 130 für das zweite, DM 220 für das dritte und DM 240 für jedes weitere Kind, wobei gering verdienende Eltern einen Zuschlag erhalten. Meist gibt es auch ein spezielles *Geburtsgeld* und ein *Erziehungsgeld* für die Elternteile, die ihre Kleinkinder selbst aufziehen (in der BRD derzeit DM 600 für 18 Monate, wobei ab dem 7. Monat Einkommensgrenzen gelten; geplant ist eine Verlängerung auf 24 Monate). Mancherorts (Frankreich, Luxemburg) gibt es einen Betrag zum Beginn der Schuljahre. In der BRD verschafft ein Kind der Mutter eine Zusatzrente (*Babyjahr*). In allen Ländern werden solche Maßnahmen als Familien-, nicht als Bevölkerungspolitik deklariert, d. h. als Mittel zur Wohlfahrt des Kindes oder als Beitrag zur sozialen Gleichheit, nicht als Geburtenförderung. Der Wandel der Familienstruktur, der sich besonders in der zunehmenden Zahl alleinerziehender Eltern ausdrückt, hat zur Folge, daß für solche – oft wirtschaftlich schwache – Familien immer mehr Mittel aus der *Sozialhilfe* bereitgestellt werden müssen. In der Bundesrepublik und anderen Ländern gibt es *Unterhaltvorschüsse* für Kinder, die beim alleinerziehenden Elternteil leben, wenn der zahlungspflichtige Elternteil seiner Pflicht nicht oder unzureichend nachkommt.

Zu wirtschaftlichen Maßnahmen, die Familien zugute kommen, zählen in vielen Staaten die *Ausbildungsförderung* für die Kinder und *Wohnhilfen*.

Immaterielle Familienförderung

In vielen EG-Staaten gibt es staatlich unterstützte *Erziehung und Beratung für das Familienleben*: Veranstaltungen zur Familien- und Elternbildung, Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung, Informationskampagnen über den Gebrauch von Verhütungsmitteln. Solche

Angebote – die besonders in den 60er und 70er Jahren in den Vordergrund traten – gehen vor allem von privaten pluralistischen Organisationen aus, die staatlich subventioniert werden.

Familienergänzende und -ersetzende Maßnahmen

Bis auf Irland gibt es in den EG-Ländern ein System der *Tagespflege für Kinder* (*Krippen, Kindertagesstätten, Tagesmütter u.ä.*), das in unterschiedlichem Maße staatlich subventioniert wird. Dieses Angebot wird aber allenthalben von den Eltern als quantitativ und qualitativ unzureichend bezeichnet. Die häusliche Betreuung von Kindern wird in unterschiedlichem Maße gefördert, in Frankreich z.B. durch *Beihilfen an erwerbstätige Eltern*, die eine Haushaltshilfe beschäftigen, in der Bundesrepublik ist geplant, einen höheren Betreuungsfreibetrag für Haushaltshilfen einzuführen. Zunehmend wird auch ein System der *Familienhelferinnen* aufgebaut, die die Aufgaben der den Haushalt führenden Mutter übernehmen, falls diese z.B. wegen Krankheit ausfallen.

Familienpolitik und andere Politikbereiche

Familienpolitik kann mit anderen politischen Zielen in Konflikt geraten und die Regierung vor Verteilungsprobleme stellen – gewöhnlich kommt es dann zu Kompromissen. In den EG-Ländern kommen drei konkurrierende Bereiche zu Familienpolitik in Betracht: Bevölkerungspolitik, emanzipative Frauenpolitik, Sozialpolitik jenseits von Familienpolitik. Da aber nirgends eine explizite *Bevölkerungspolitik* betrieben wird, entfällt die erste Konfliktmöglichkeit weitgehend – allerdings könnte man einigen Maßnahmen sowohl familien- wie bevölkerungspolitische Ziele unterlegen (z.B. wirtschaftlichen Hilfen für Familien).

In den meisten EG-Staaten bemüht sich die Familienpolitik in letzter Zeit, nicht nur die Familien als solche zu unterstützen (und damit die Hausfrauen), sondern auch mehr Elemente einer *emanzipativen Frauenpolitik* zu entwickeln, indem es Frauen erleichtert werden soll, Erwerbsarbeit und Hausarbeit zu kombinieren. In der politischen Rhetorik wird zudem der Begriff »mütterlich« stärker durch »elterlich« ersetzt.

Im übrigen sind in allen Staaten bis auf Belgien, Luxemburg und Irland unter mehr oder weniger restriktiven Bedingungen *Abtreibungen* erlaubt.

Was die Überschneidung von Familienpolitik mit anderen Teilen der *Sozialpolitik* betrifft, so geht es hier zunächst um die Frage der sekundären Einkommens-

verteilung. In den 70er und 80er Jahren tendierten familienpolitische Maßnahmen dazu, einkommensabhängig gewährt zu werden. Allerdings sind die Vergünstigungen heute in den meisten Ländern (noch) nicht von Bedürftigkeitsprüfungen abhängig. In den letzten Jahren ist die Tendenz zu beobachten, daß die Pflege junger, kranker, behinderter und alter Menschen wieder stärker den Familien und privaten sozialen Netzwerken überlassen werden soll – ein Übergang vom Wohlfahrtsstaat zur »Pfleugesellschaft«. Dieser Trend geht vor allem zu Lasten der Frauen, hat also einen Anti-Emanzipationseffekt (Mayr-Kleffel 1990). Immerhin rückt er eine Arbeit von Frauen, die gesellschaftlich bislang weitgehend unbeachtet blieb, ins Licht.

Was die *Wirksamkeit von Familienpolitik* betrifft, kann in den EG-Staaten davon ausgegangen werden, daß die mittleren Gesellschaftsschichten insgesamt mehr davon profitieren als die Randgruppen. In demographischer Hinsicht konnte die Forschung keinen merkbaren Einfluß familienpolitischer Maßnahmen feststellen, mit Ausnahme von Frankreich (Schultheis 1990).

Die *zukünftige Familienpolitik* muß sich noch mehr auf veränderte Familienstrukturen einstellen, auf die wachsende Zahl nichtehelicher Geburten (EG-Durchschnitt 25%) und hohe Scheidungsraten mit der Folge von immer mehr alleinerziehenden Eltern und einer wachsenden Zahl von Kindern, die zumindest in einer bestimmten Lebensphase in Stieffamilien aufwachsen, schließlich – auch durch die zunehmende Lebenserwartung – auf die Zunahme der Einpersonenhaushalte. Auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften ziehen zunehmend familienpolitisches Interesse auf sich, in Schweden gelten steuerrechtlich solche Paare bereits als Eheleute. Familienpolitik muß über kurz oder lang gesellschaftlichen Realitäten verstärkt Rechnung tragen und zur unterschiedlichen Lebensformen ermöglichenden Politik werden.

Viele Länder widmen auch schon dem Zusammenhang von Wanderungen und demographischen Effekten Aufmerksamkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates (Versorgerstaates) wird die Tendenz zur Unterstützung sozialer Netzwerke, zum Vertrauen auf Selbsthilfekräfte und die Hoffnung, Immigranten in Helferberufen einsetzen zu können, stärken.

Literatur

- W. Dumon: Family Policy in the EEC-Countries: A General Overview. In: Ders. (ed.): Family Policy in EEC-Countries. Report prepared for the Commission of the European Communities, Directorate General for Employment, Social Affairs and Education. Leuven: Katholieke Universiteit o.J., S. 351–369
- V. Mayr-Kleffel: Netzwerke von Frauen – eine dispositive Variable für Sozialpolitik? In: DISKURS 0, 1990 S. 54–56
- E. Neubauer: Familienpolitische Leistungen in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und in Anrainerstaaten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Bonn 1989 (Manuskript)
- F. Schultheis: Die Pronatalistische Bevölkerungspolitik in Frankreich. In: H. Birg/R. Mackensen (Hg.): Demographische Wirkungen politischen Handelns. Frankfurt/M. 1190, S. 303–355
- K. Wahl: Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: H. Braun/ U. Leitner (Hg.): Problem Familie – Familienprobleme. Frankfurt/M. 1976, S. 179–189
- S. Zimmerman: Understanding Family Policy. Newsbury Park 1988

¹ Ich danke Erika Neubauer für Kritik und Anregungen.

